



HP Raddatz über die Islamisierung Europas



Nach dem Credo der Verantwortlichen kann der Import des Islam die europäischen Gesellschaften nur bereichern, befruchten und erneuern. Wer das bezweifelt, wird sogleich als „Rassist“ und „Faschist“ ins Eck gestellt. Mit den Anschlägen von Paris und Brüssel sowie dem Zustrom von Menschen aus dem Orient wurde die politisch-soziale Landschaft Europas einmal mehr nachhaltig aufgewühlt. Angesichts des reflexhaften Mediengetöses scheint es dabei nützlich, die „Verantwortlichen“ des Geschehens, die Funktionseleiten in den Institutionen und ihre Verhaltensmuster in einen etwas distanzierteren Blick zu nehmen.

(Von Dr. Hans-Peter Raddatz, im Original in der „Presse“ v. 6.4.16)

Denn längst fällt die Beschränktheit der öffentlichen Diskutanten auf, die sich einer einheitlichen Floskelsprache bedienen und aggressiv werden, sobald sich Kritik an ihrem Projekt der Islamisierung Europas regt. Dies speziell, seit die EU den Islam mit dem Mekka-Manifest der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) von 2005 zum „Miteigner Europas“ erklärte (Bat Ye'or, „Europa und das kommende Kalifat“).

Entrechtung und Enteignung

Das Papier regelt die Ausbreitung des Islam, die mit Moscheenetzen, Attentaten in Europa, Christenverfolgungen im Orient, Nutzung europäischer Führer und Aktionen gegen Israel strikt dem Koran folgt.

So fungiert der „Kulturdialog“ der Funktionseleiten als Propaganda für ein Diktat des Islam, das den EU-Bürgern einen als Toleranz verkleideten Generalverzicht auf „Besitzstände“ auferlegt. Dabei geht es um den Abbau von Rechten auf gesellschaftliche Mitbestimmung und auf Mitverfügung über

Gemeinwohl und Staatsvermögen, das beim Aufbau der Nachkriegsdemokratien erarbeitet wurde und das nun in Österreich und Deutschland vergleichbar konsequent zugunsten muslimischer „Miteigner“ aufgelöst wird.

Den kritischen Teil der Öffentlichkeit beschäftigt die Frage, wie in der Demokratie eine solche Entrechtung und Enteignung vertretbar ist, wobei die „Verantwortlichen“ die Forderung nach Mitsprache bei den Wahlprogrammen als „Volksverhetzung“ ausweisen. Diese Radikalisierung erzwingt ihrerseits die plakative Kennzeichnung der Gefühlsklischees und Denkverbote, die im Spiegelreflex der Volksvertreter und institutionellen Führungsebenen freilich als „demokratische“ Politik erscheinen.

Wenn der Papst Muslimen die Füße küsst und seinen „Gläubigen“ empfiehlt, den Koran „richtig zu lesen“, ist er ebenso nivellierend unterwegs wie die scheinsäkularen Propaganda-Kader der Institutionen, deren Credo den Islam zwischen „Religion des Friedens“ und „Wiege der Wissenschaft“ einebnet. Da islamische Gewalt als „Missbrauch des Glaubens“ gilt, lässt sich Europas totalitäre Tradition rehabilitieren, indem die Religionsfreiheit die koranischen Machtlizenzen schützt.

Dem folgte der deutsche Innenminister, dem zufolge „die Festnahme von islamistischen Attentätern die Terrorgefahr erhöht“ (Phoenix, 24. 3.), denn bekanntlich kommen die Taten nicht von den Terroristen, sondern von Allah, „der ihre Hand führt“ (8/17).

(Fortsetzung auf diepresse.com)